

UZUnsere Zeit
Zeitung der DKP

April 2017

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Der nächste Skandal - jetzt im Bauamt?

DKP fordert: Mauscheleien bei Handwerksarbeiten beenden

Die städtische Immobilienwirtschaft hat bei der Vergabe von Aufträgen bis zu 10.000.- Euro jahrelang in skandalöser Art und Weise gegen verbindliche Dienst-anweisungen verstoßen.

Statt eine Vielzahl von Bewerbungen bei der Angebotsabgabe sowie in den Bieterlisten einen Wechsel der aufgeführten Bewerber sicherzustellen, wurden Aufträge in der Regel auf zwei bis drei Handwerksbetriebe konzentriert. Dies betraf insbesondere die Fliesen- und Plattenarbeiten, Arbeiten im Trockenbau, Schlosserarbeiten, beim Heizungs- und Sanitärbau sowie Elektroarbeiten. Die gesamten Auftragssummen für die berücksichtigten Handwerksbetriebe summierten sich bis zu einem sechsstelligen Betrag. Bei den Schlosserarbeiten erhielt eine Firma in den Jahren

2014 bis 2016 circa 90 Prozent aller städtischen Aufträge - eine unfassbare Benachteiligung anderer Handwerksfirmen.

DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Das ist kein einmaliger Ausrutscher in der städtischen Immobilienwirtschaft. Bereits 2013 wurden die jetzigen Verstöße gegen die Vergabepraxis vom Rechnungsprüfungsamt festgestellt und eine Änderung angemahnt. Dass trotzdem weiterhin jahrelang die Dienst-anweisungen missachtet wurden, könnte ein Dienst-vergehen darstellen. Von der Missachtung zum Missbrauch oder dem Verdacht auf Kor-

ruption ist es nur ein kleiner Schritt! Der Oberbürgermeister hat die Dienstaufsicht, auch über die Immobilienwirtschaft. Wenn er sie nicht ausübt, fällt ein schlechtes Licht auch auf ihn!“

Die DKP hat im Rechnungsprüfungsausschuss gefordert, dass nach einem Jahr eine weitere Überprüfung der Vergabepraxis bei der städtischen Immobilienwirtschaft erfolgt. Dies wird das Rechnungsprüfungsamt nun erneut 2018 kontrollieren.

Michael Gerber, Tel.: 96227

DKP kandidiert zum Landtag

Die DKP kandidiert bei der Landtagswahl in ganz Nordrhein-Westfalen mit einer Landesliste. In Bottrop steht außerdem Michael Gerber als Direktkandidat auf dem Stimmzettel. Dafür haben in NRW mehr als 1.000 Menschen ihren guten Namen für die Landesliste und in Bottrop über 100 Bürger ihre Unterschrift für Michael Gerber gegeben. Dafür auf diesem Wege nochmals ein herzliches Danke!

Die DKP hat ihre landespolitischen Forderungen zu den Stichworten

FRIEDEN - ARBEIT - BILDUNG - WOHNEN

bereits Anfang des Jahres in einem Sofortprogramm veröffentlicht. Sie finden es bei allen Informationsständen. Und:

Wählen Sie DKP!

Sprechstunden der DKP-Ratsgruppe:

**Montag & Donnerstag
15.00 - 17.00 Uhr
im
DKP-Büro
Germaniastraße 54**

*

**Telefon:
688 157**

*

**Internet:
www.dkp-bottrop.de**

**und bei
Facebook**



Auch in diesem Jahr überreichte die DKP wieder Nelken zum Internationalen Frauentag - hier auf dem Eigener Markt

Der Griff in die Stadtkasse auf Ihre Kosten

Ausschussvorsitzende jubeln: Selbstbedienung

Das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW hat ab dem 1. Januar 2017 die Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende um die doppelte Aufwandsentschädigung beschlossen. Dies bedeuten 37.132,80 Euro jährliche Mehrausgaben für die Stadt Bottrop.

In der Hauptsatzung könnte jedoch festgelegt werden, dass Ausschüsse von dieser Regelung ausgenommen werden. Die DKP hat gefordert, dass der Rat der Stadt einen generellen Verzicht auf die doppelte Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende festschreibt.

Ebenfalls ab dem 1. Januar 2017 sollen die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **zusätzlich** zu ihrer Aufwandsentschädigung als Ratsmitglied auch noch eine 1,5-fach erhöhte Aufwandsentschädigung erhalten. Die Mehrbelastungen für den Haushalt der Stadt betragen dadurch jährlich 9.243,20 Euro. Hinzu kommen erhöhte Beträge für den Verdienstaussfall. Diese drei Maßnahmen kosten die Stadt Bottrop jährlich insgesamt 79.000 Euro.

Aus Kostengründen waren ab der Ratsperiode 2009 die Anzahl der Ratsmitglieder von 58 auf 54 reduziert, die Anzahl der Bezirksvertreter von 17 auf 15 und die Größe der Fachausschüsse von 23 auf 19 Mitglieder verringert worden. Außerdem fiel der Vergabeausschuss weg. Mit diesen Beschlüssen wurden insgesamt 60.300 Euro eingespart.

Die Umsetzung der Erhöhungen der Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende und Stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie ein höherer Verdienstaussfall belasten den Haushalt der Stadt jetzt erheblich mehr, als die Einsparungen von 2009.

Angesichts der Streichungen und Belastungen für die „kleinen Leute“ durch das Spardiktat „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, wie z. B. dem Wegfall des Bottrop Passes oder des Essenzschusses für Schülerinnen und Schüler im Ganztags sind die erheblichen Erhöhungen für einige Ratsmitglieder in den Augen der DKP ein Skandal!

Herbert Dibowski, Tel.: 33855

Brand auf der Deponie

Bezirksregierung sieht Regelungsbedarf bei BEST

Auf der Deponie am Donnerberg hatte es am 20. Dezember 2016 gebrannt – und das warf Fragen auf. DKP-Ratsherr Michael Gerber wandte sich damit an die Bezirksregierung in Münster:

- Hat die BEST eine Genehmigung, auf der Deponie Donnerberg gepressten Hausmüll aus den städtischen Müllfahrzeugen zwischenzulagern?

- Ist es richtig, dass gepresster Hausmüll leicht entflammbar ist und dieses Vorgehen der BEST dann grob fahrlässig gewesen wäre?

- Gibt es Auflagen für die BEST, wie künftig bei vergleichbaren Ereignissen (Anlagenstörung im MHKW Karnap) vorgegangen werden muss?

Dies sind nur ein paar der Fragen. In der Antwort der Bezirksregierung Münster, Abteilung Deponieüberwachung, wird Anfang März mitgeteilt: „Nachdem eine Vor-Ort-Überprüfung der Schadensstelle durch mich ergeben hat, dass Umweltschäden nicht entstanden sind, wurde der Vorgang hier abgeschlossen. Ich beabsichtige jedoch, mit der BEST in Kürze Gespräche aufzunehmen, um über zukünftige Ereignisse ähnlicher Art, Regelungen zu treffen.“

Das Interessante ist der letzte Satz. DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Die Bezirksregierung Münster bestätigt im Grunde, dass es bei der BEST einen Regelungsbedarf gibt. In meinen Augen hat die Leitung der BEST fahrlässig gehandelt, indem leicht entflammbarer gepresster Hausmüll auf der Deponie Donnerberg zwischengelagert wurde. Es ist ein Glück, dass keine Umweltschäden entstanden sind.“

Michael Gerber, Tel.: 96227



Landtagswahl

DKP kandidiert für Frieden, Arbeit, Bildung, Wohnen

Unser Land ist gespalten. Die einen feiern sich in der neuen Elbphilharmonie, die anderen werden bestraft, weil sie Lebensmittel aus den Müllcontainern von Supermärkten nehmen.

Die einen verdienen an Rüstungsexporten, Kriegen und der daraus entstehenden Flucht. Die anderen erleben eine Gesundheitswese, das krank macht, haben Kinder in maroden Schulen, müssen mit Altersarmut rechnen.

Dabei ist genug Geld da: Wussten Sie, dass in Deutschland über eine Million Millionäre leben, die zusammen ein Vermögen von knapp 2,4 Billionen € besitzen (2.400.000.000.000,- €)? Eine Vermögenssteuer von zwei Prozent würden die kaum spüren, es brächte aber 48 Milliarden € für Investitionen in Bildung und günstigen Wohnraum, würde dadurch Arbeitsplätze schaffen.

Die neue US-Regierung unter Trump fordert mehr Rüstungsausgaben, u.a. von der Bundesrepublik. Ist Ihnen aufgefallen, dass Medien und Politik hier plötzlich mit Trump einig sind? Das würde bedeuten, dass zu den 35 Milliarden €, die schon heute für Rüstung und Krieg ausgegeben werden, noch 30 Milliarden € dazukommen – ein Wahnsinn.

Die DKP fordert eine sofortige Reduzierung des Rüstungshaushalts um 20 %, das würde bedeuten das jährlich weitere 7 Milliarden € zur Verfügung stünden.

Das alles finden Sie im Sofortprogramm der DKP. Und die DKP kandidiert zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – in Bottrop ist Michael Gerber Direktkandidat. Wenn Sie eine Alternative wählen wollen, dann wählen Sie die Kommunisten – wen denn sonst?

Bei der Unterhaltung von Sportplätzen

Keine Kürzung!

Die DKP lehnt die geplante Kürzung der Zuschüsse für Sportplätze mit Kunstrasen um 25 Prozent ab. Die betroffenen Fußballvereine haben die Pläne des Sport- und Bäderbetriebes aus der Zeitung erfahren.

Seit 2010 erhalten sie für die Unterhaltungsarbeiten der Platzanlagen 10.- Euro pro Arbeitsstunde. Eine Angleichung an die Lohn- und Preisentwicklung hat nicht stattgefunden. Werden von den Vereinen diese Aufgaben auf Basis von 450-Euro-Minijobs wahrgenommen, müssen die Vereine aus eigener Tasche durch die Abgaben für die Sozialversicherung und Lohnsteuer kräftig draufzahlen, um den gesetzlichen Mindestlohn einzuhalten. Der Pflegeaufwand hat sich nach Auskunft des SV Fortuna nicht entscheidend verringert. Der Sand auf den Kunstrasenplätzen muss nachgefüllt werden, sowie regelmäßig das Unkraut am Spielfeldrand entfernt werden. Auch die Pflege der weiteren Außenanlagen überlässt die Stadt den Sportvereinen.

Der Betriebsausschuss des Sport- und Bäderbetriebes hat auf seiner Sitzung im Februar den Tagesordnungspunkt abgesetzt! DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Die DKP fordert die Betriebsleitung auf, einen Runden Tisch mit den Fußballvereinen und der Fachschaft Fußball des Bottroper Sportbundes einzuberufen. Der Bottroper Sport darf nicht zur Sanierung des Haushaltes der Stadt kaputtgespart werden.“

Stephan Nowaczek, Tel.: 709652



Trainerausbildungsoffensive beim SV Rhenania



Kürzlich wurden auf der Platzanlage des SV Rhenania Bottrop Im Blankenfeld insgesamt 16 vereinseigene Trainer durch Ausbilder des Fußballverbands zu Trainern mit dem „Übungsleiterschein Kinder“ ausgebildet. Sie erhielten ihre Zertifikate aus den Händen des Kreisjugend Vorsitzenden Dieter Wilms.

Durch diese Ausbildungsoffensive hat der SV Rhenania Bottrop nun das Ziel erreicht, alle im Verein tätigen Trainer mit einer gültigen Trainerlizenz auszustatten. Die Teilnehmer können jetzt sogar ihre Ausbildung weiter fortsetzen, um in den Folgemonaten ihre DFB-Trainer C-Lizenz abzulegen und somit den Nachwuchs des SV Rhenania noch intensiver ausbilden und betreuen zu können. Somit sind die gut 400 Rhenanen-Talente sowie alle künftigen Neuzugänge bei den Trainern aller Jahrgangsstufen in gut ausgebildeten Händen, Köpfen und vor allem Füßen. Die Jugendabteilung, die erst seit wenigen Monaten neu aufgestellt ist, hat sich nicht den kurzfristigen Erfolg, sondern die langfristige Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen auf ihre Fahne geschrieben.

Pressemitteilung SV Rhenania



Tipp für Mieter

Betriebskostenabrechnung richtig prüfen

Viele Betriebskostenabrechnungen sorgen für Ärger und Nachzahlungen. Laut Deutschem Mieterbund sind viele Abrechnungen falsch. Entweder werden Posten umgelegt, die nicht ange-rechnet werden dürfen oder der Verteilerschlüssel ist falsch! Als Mieter sollte man daher diese Abrechnungen immer nach-prüfen! Vergleichen Sie Ihre Nebenkostenabrechnung immer mit der vom Vorjahr.

Schauen Sie, ob die Personenzahl und die angegebene Wohnflä- che exakt angegeben wurden. Ist die Zusammenstellung der Kos- tenarten, wie die Angabe der Verteilerschlüssel, des Mieteranteils sowie die Berücksichtigung der Vorauszahlungen formell richtig erfüllt? Hat der Vermieter eventuell leer stehende Wohnungen berücksichtigt? Auch Kosten, die dem Vermieter durch die Be- triebskostenabrechnung entstehen, dürfen nicht auf den Mieter umgelegt werden.

Verlangen Sie auch Einsicht in die Abrechnungsunterlagen, man- che Vermieter stellen Ihnen auch Kopien zur Verfügung um die exakte Abrechnung nachvollziehen zu können. Um gegen eine Nebenkostenabrechnung Einspruch einzulegen gibt Ihnen der Gesetzgeber ein Jahr Zeit, so lange sollten Sie aber nicht warten, um mit Nachzahlungen nicht in Verzug zu geraten. Beanstanden Sie also gegebenenfalls schriftlich innerhalb von vier Wochen die Rechnung. Informieren Sie Ihren Vermieter darüber, dass Sie die Abrechnung erst einmal in Ruhe nachprüfen möchten. Holen Sie sich Hilfe bei einer Beratungsstelle oder beim Mieterverein. Dann können Sie sicher sein, dass Sie bei Ihren Betriebskostenabrech- nungen nicht übervorteilt werden.

Birgit Lüdtke-Jordan, Tel.: 0157-35351077

Irgendwo muss das Geld ja herkommen...??

Teurer Restmüll

Die DKP lehnt die Gebührenerhöhungen für die Restmülltonne und die Straßenreinigung ab. Mit 3,7 Prozent steigt besonders die Gebühr für die Straßenreinigung. Die Steigerung in den letzten 10 Jahren beträgt damit rund 25 Prozent!

Seit Jahren kritisiert die DKP, dass die Bürger über die Gebüh- ren über Gebühr abkassiert werden. Dies ist nach Auffassung der BEST ein legaler Griff in die Taschen der Bürger - nach Meinung der DKP ist dies zutiefst unsozial.

Würden reale Kosten zugrunde gelegt, könnten die Gebühren konstant gehalten werden und bei gleichbleibenden Kosten für die Bürger mehr Personal bei der BEST eingestellt werden. Es gibt Beispiele, dass Müllfahrzeuge aus Personalmangel statt mit zwei Beladern nur mit einem und einem Fahrer auf Tour geschickt wer- den. Kein Wunder, dass es bei der BEST einen extrem hohen Kran- kenstand gibt! Als Strafmaßnahme hat die Belegschaft es emp- funden, dass die jährliche Erfolgsbeteiligung für die Beschäftig- ten in diesem Jahr um ein Drittel gekürzt wurde.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Firmengeheimnisse

BEST klagt gegen Gerber

Der Vorstand der BEST hat bei der Staatsanwaltschaft Essen Kla- ge gegen DKP-Ratsherrn Michael Gerber eingereicht. Er hat als Mitglied des Verwaltungsrates der BEST öffentlich gemacht, dass 2016 die tarifliche Erfolgsbeteiligung der Beschäftigten um 50.000.- Euro auf 100.000.- Euro gekürzt wurde. Nach Auffassung der BEST wurde damit die Verschwiegenheitspflicht verletzt. Die Kür- zung der Erfolgsbeteiligung war nach Meinung der DKP eine Straf- aktion gegenüber der Belegschaft, die sich gegen das unerträgliche Führungsverhalten des Vorstandes zur Wehr setzt. Mit der Klage gegen Michael Gerber soll jetzt ein unbequemes Ratsmit- glied nach Möglichkeit mundtot gemacht werden. Die DKP wird sich auch künftig vorbehaltlos für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen bei der BEST einsetzen. Die Notizen werden über den Ausgang der Klage berichten.

Jörg Wingold, Tel.: 685911

unsere zeit - Jetzt 4 Wochen gratis probelesen!

Ich möchte die UZ einer Freundin / einem Freund empfehlen. Sendet die UZ 4 Wochen kostenlos an nebenstehende Adresse.

Mein Name: _____

Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen. Bitte sendet sie an meine nebenstehende Adresse.

Name _____

Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Das Abo endet automatisch. Der Verlag darf mich nach meiner Meinung zur UZ befragen.

An:
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen



Coupon einsenden oder per Mail schicken:
info@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 89 28

Leiser - aber nicht für alle

Schildbürgerstreich der Bundesbahn in Boy

Die DB ProjektBau GmbH führt im Auftrag der Deutschen Bahn zurzeit eine Lärmsanierung an der Hauptstrecke Oberhausen – Hamm in der Boy durch. Diese erfolgt im Rahmen des freiwilligen Investitionsprogramms „Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes“. Darüber wurde die Bezirksvertretung Süd am 20. März 2014 und der Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz am 27. März 2014 informiert.

Nachdem die westliche Bahntrasse im letzten Jahr eine Lärmschutzwand erhalten hat, wird jetzt von der Straße Weilbrock bis zur Wallmannstraße auf der östlichen Seite eine Lärmschutzwand errichtet. Etwa 120 Meter vor der Brücke Horster Straße endet die Lärmsanierung jedoch. Ausgenommen von der Lärmsanierung sind die Häuser an der Wallmannstraße dahinter. Begründet wird dies von der Deutschen Bahn mit Vorschriften und Gesetzen. Danach haben Häuser, die nach 1974 errichtet wurden, keinen Anspruch auf Maßnahmen im Rahmen von Lärmsanierungen an Bahnstrecken des Bundes.

Durch die bereits errichtete Lärmschutzwand mit breitem Betonsockel wird von der westlichen Seite der Lärm auf die östliche Seite zurückgeworfen. Die Lärmbelastung hat sich dadurch für die betroffenen Anwohner noch erhöht. Nach Angaben des Eisenbahnbundesamtes wird der Streckenabschnitt jährlich von 78.000 Zügen befahren. Dies sind täglich 220 Züge.

Betroffen sind auch einige Häuser an der Horster Straße, die weit vor 1974 errichtet worden sind. Die Bewohner sind ebenso weiterhin schutzlos dem Lärm von der Bahnstrecke ausgesetzt. DKP-Ratsherr Michael Gerber hat sich schriftlich an den Oberbürgermeister gewandt und ihn gebeten, sich dafür einzusetzen, dass für die betroffenen Anwohner sehr schnell die fehlenden 120 Meter Lärmschutzwand aus dem freiwilligen Investitionsprogramms „Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes“ errichtet werden. Nach Auskunft der DB ProjektBau GmbH kann in berechtigten Fällen von der bestehenden Förderrichtlinie abgewichen werden. Dazu muss aber ein deutlicher politischer Wille bei der Stadt Bottrop vorhanden sein.

Der Schildbürgerstreich der Bundesbahn muss schnell für die betroffenen Anwohner korrigiert werden!

Günter Ziemmek, Tel.: 0157-70347922

Impressum

Ich möchte:

- Informationen über die DKP bekommen
- Einladungen zu Veranstaltungen haben
- Mitglied werden

Name: _____

Straße: _____

PLZ/ Ort: _____

Tel.: _____

Herausgeberin:

DKP-Ratsgruppe im Rat der Stadt Bottrop

V.i.S.d.P.: Michael Gerber, Germaniastr. 54, 46236 Bottrop

Tel.: 02041/ 688 157

Mail: dkp-bottrop@t-online.de

Auflage: 30.000

Druck: Kieldruck, Kiel

Im Vorort wird es öder

Sparkassenschließungen

Die DKP hatte vor einem Jahr scharf kritisiert, dass die Sparkasse als 100-prozentige Tochter der Stadt vier Filialen im Bottroper Süden geschlossen hatte. Wir hatten vorausgesagt, dass damit z. B. in Welheim ein Niedergang des Stadtteils verbunden sein würde. Der DKP hat man seitens der anderen Ratsparteien damals Schwarzmalerei und Panikmache vorgeworfen. Nun schloss Ende November die einzige Apotheke in Welheim! Die Bürgerinnen und Bürger können sich bei den Ratsmitgliedern von SPD, CDU, Grünen und ödp bedanken, die im Verwaltungsrat der Sparkasse einstimmig die Schließung der Filialen beschlossen haben.

Ganze Teile unserer Stadt werden inzwischen von der Entwicklung abgeschnitten: Dort gibt es keine oder kaum Ärzte, nur noch kleine bis gar keine Einkaufsgelegenheiten, keine Apotheke, gerade mal eine kleine oder keine Bäckerei und die Filialen von Sparkasse oder Volksbank waren nie da oder sind verschwunden: Das gilt für Vonderort, Welheimer Mark und Ebel. Die Zusammenhänge sind deutlich: Geht die Sparkasse oder ist keine vorhanden, halten sich eine Zeitlang nur die „Kleinen“, bis auch die aufgeben müssen. Ist der Niedergang von Welheim abgeschlossen? Welcher Stadtteil ist der nächste?

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Wir ham's ja...

Millionenverluste durch Finanzspekulationen

Mit den Finanzspekulationen in Schweizer Franken und sogenannten „Derivaten“ macht die Stadt Bottrop einen Gesamtverlust von 11,5 Millionen Euro. Nachdem 2016 bereits ein erstes Darlehen zurückgezahlt wurde, hat der Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, ein weiteres Darlehen in Schweizer Franken abzulösen.

Der Verlust der beiden Kredite beträgt zusammen 7,2 Millionen Euro. Ein drittes Darlehen läuft noch bis Anfang 2018 und weist einen weiteren Verlust von 4 Millionen aus. Der Gesamtverlust dieser Kreditgeschäfte wird sich auf 11,2 Millionen Euro summieren.

In dem Rechtsstreit mit der „Ersten Abwicklungsanstalt“ als Rechtsnachfolgerin der WestLB um die Derivat-Spekulationen der Stadt liegt dem Rat der Stadt ein Vergleichsvorschlag vor. Die Stadt hatte die „Erste Abwicklungsanstalt“ vor dem Landgericht Düsseldorf wegen fehlerhafter Beratung bei den „Zinsdifferenz-Swaps“ (eine Form von Derivaten – erwarten Sie nicht, dass wir das hier erklären!) verklagt. Bei Annahme dieses Vergleichs beendet die Stadt ihre verschiedenen Finanzspekulationen mit einem Gesamtverlust von 250.000 Euro. Hinzu kommen noch hohe Verfahrens- und Anwaltskosten.

Es war von Beginn an ein schwerer Fehler der Stadtspitze, solche Zockereien unter Umgehung des Rates der Stadt abzuschließen. Die Verluste von 11,5 Millionen Euro müssen die Bürger mit Gebührenerhöhungen und Streichungen sozialer Leistungen bezahlen. Die politische Verantwortung dafür trägt die SPD-Verwaltungsspitze vergangener Jahre.

Manfred Plümpe, Tel.: 94135

Welheim

Park statt Spielplätzen?

Der Park in Welheim bedarf dringend einer Aufwertung. Der Pflegezustand des Parks lässt sehr zu wünschen übrig. Die DKP begrüßt daher im Grundsatz das Konzept „Lückenschluss Welheim“. Vielfach fehlen dort Bänke für Spaziergänger, die zum Verweilen einladen, ebenso Spielgeräte und Sandkasten für Kinder. Die Skateranlage ist nicht sehr einladend.

Die Aufgabe von sechs Spiel- bzw. Bolzplätzen im Stadtteil Welheim lehnt die DKP jedoch entschieden ab! Gerade in der Siedlung Welheim ist es für Kinder und Jugendliche wichtig, ortsnahe Spiel- und Sportmöglichkeiten nutzen zu können.

In dem Bauausschuss sowie im Hauptausschuss hat die DKP darauf hingewiesen, dass im Juli 2014 für einen Teil des Welheimer Parks der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 8. 10/2 „An der Kommende“ im Rat beschlossen wurde. Danach sollen 14 Doppel- und Reihenhäuser im Welheimer Park errichtet werden. Das Grundstück gehörte beim Aufstellungsbeschluss noch Thyssen und inzwischen Thelen Immobilien.

Wenn der Rat es ernst meinte mit den Aussagen im Handlungskonzept, Grünflächen und unversiegelte Freiflächen zu erhalten, angemessen zu pflegen und klimagerecht anzupassen und neue Grünstrukturen zu schaffen, zu pflegen und auf die Folgewirkungen des Klimawandels auszurichten, dann dürfte der Bebauungsplan nicht weiter verfolgt werden! Die Mehrheit im Rat folgte dem Rat der DKP nicht. Die Folgen werden zu spüren sein.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020



Im Februar übergaben Anwohner der Krümmersstraße im Eigen eine Sammlung von 60 Unterschriften an Bezirksbürgermeister Kalthoff, um ihrer Forderung nach einer Verkehrsberuhigung ihrer Straße Nachdruck zu verleihen. Michael Gerber berichtete, dass in der Bezirksvertretung auf Anregung der DKP 30km/h-Piktogramme auf dem Pflaster schon zugesagt seien. Ein Sprecher der Anwohner verwies auf die große Zahl kleiner Kinder, die oft durch höhere Geschwindigkeit der Kfz gefährdet würden. Die Straße werde als Umgehung der Ampelanlage an der Ecke Stenkhoff-/ Gladbecker Straße benutzt.

Herr Kalthoff bestätigte die Zusage über die Piktogramme. Er versprach, sich für Geschwindigkeitsmessungen einzusetzen. Mit deren objektiven Ergebnissen könnten dann Verwaltung und Polizei zu weiteren Maßnahmen veranlasst werden. Die DKP wird die Anwohner über die weitere Entwicklung informieren.

Flügellahm in Kirchhellen

Gewerbegebiet am Flugplatz endlich aufgeben

Die Zukunft des sogenannten „flugaffinen Gewerbegebietes“ am Flugplatz Schwarze Heide gerät immer stärker ins Rutschen. Ursprünglich als interkommunale Initiative geplant, versucht Bottrop nach dem Ausstieg von Dinslaken den Alleingang. Die unsachgemäße Verfüllung einer dortigen Fläche durch die Firma Euroquarz hat jetzt das Potential, das gesamte Gewerbegebiet in der Kirchhellener Heide zu versenken. Die Verwaltung spricht intern bereits von einem „Vermarktungshemmnis“.

Die direkt am Flugfeld gelegene Fläche sollte zuerst vermarktet werden. Wann sie jedoch jemals in einem bebaubaren Zustand wieder hergestellt ist, ist völlig offen. Bis zu einer Tiefe von mindestens drei Meter muss das Erdreich erneut entfernt und zwischengelagert werden. In Schichten von ca. 30 cm muss das Material dann neu verfüllt und ordnungsgemäß verdichtet werden. DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Die Idee eines flugaffinen Gewerbegebietes war von Beginn an auf Sand gebaut. Damit sollten dem lahrenden Flugplatz Flügel verliehen werden. Aus zwei Problemfällen kann jedoch kein Beispiel für eine erfolgreiche Industriepolitik werden.“

„Die Untätigkeit der Stadt gegenüber Euroquarz ist völlig unakzeptabel,“ ergänzt der Ratsherr. Die DKP kritisiert, dass die Stadt bisher die vereinbarten Vertragsstrafen gegenüber Euroquarz wegen nicht termingerechter Rückgabe der Flächen nicht eingefordert hat. Inzwischen belaufen sich die Forderungen auf über 100.000 Euro. Bereits vor Jahren wurde deutlich, dass die Erschließung des Gewerbegebietes für die Stadt erheblich teurer wird, als die Einnahmen durch den Verkauf der Gewerbeflächen. „Die jetzige Situation muss dazu führen, das geplante flugaffine Gewerbegebiet endgültig zu begraben,“ fordert Michael Gerber.

Michael Gerber, Tel.: 96227

DKP fordert:

Keine Lehrer abziehen!

Die DKP protestiert entschieden gegen die Anordnung der Bezirksregierung Münster, von vier Bottroper Grundschulen Lehrerinnen und Lehrer nach Gelsenkirchen zu versetzen.

Die betroffenen Grundschulen, Rheinbabenschule, Albert-Schweitzer-Schule, Grundschule Welheim und Cyriakusschule haben selbst einen hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund sowie internationale Förderklassen mit Flüchtlingskindern. Hinzu kommen die Herausforderungen der Inklusion beim Unterricht für Schüler mit Förderbedarf. DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Die NRW-Landesregierung und Schulministerin Sylvia Löhrmann haben jahrelang versäumt, ausreichend Lehrerinnen und Lehrer auszubilden und einzustellen. Dies darf jetzt nicht zu Lasten der Lehrer und Schüler an den vier Bottroper Grundschulen gehen!“

Manfred Plümpe, Tel.: 94135



Aktuelles aus dem Rat und den Ausschüssen

KiTa-Kosten

Seit 2012 ist hat der Rat der Stadt nun schon die dritte Erhöhung der Gebühren für Kindertagesstätten um jeweils drei Prozent mit Mehrheit beschlossen. Inzwischen hat Bottrop im Vergleich zu Nachbarstädten die höchsten KITA Gebühren! KITAS sind Bildungseinrichtungen und müssen kostenfrei sein! Von diesem Grundsatz entfernt sich Bottrop immer weiter.

Bis zu einem Jahreseinkommen von 25.000 Euro werden keine KITA Gebühren fällig. Das rechtfertigt jedoch nicht, dass Eltern mit mittleren Einkommen das Gefühl haben, bei ihnen werde in Bottrop über die Maßen abkassiert.

Die DKP hat die Erhöhung der Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen abgelehnt. Der Automatismus der ständigen Gebührenerhöhungen im Sozial- und Kinderbereich durch das Spardiktat „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ muss ein Ende haben!

Fünf besser als elf

Die DKP begrüßt, dass die bisherigen elf verkaufsoffenen Sonntage in diesem Jahr auf fünf reduziert werden.

Konsequenter wäre es nach Auffassung der DKP jedoch, komplett auf verkaufsoffene Sonntage zu verzichten, wie es die Stadt Köln vormacht. Auch die Gewerkschaft ver.di, Bezirk Emscher-Lippe Süd, sowie der DGB, Region Emscher-Lippe sprechen sich dafür aus, auf verkaufsoffene Sonntage gänzlich zu verzichten.

DKP-Ratsfrau Irmgard Bobrzik zu diesem Thema: „Öffnungszeiten an allen Werktagen im Einzelhandel sind völlig ausreichend. Der gesundheitliche Schutz der Beschäftigten muss Vorrang vor den Geschäftsinteressen des Handels haben.“

800 Prozent teurer

Bisher konnten Kinder von Inhabern des Bottrop-Passes sich für 15 Euro eine Woche lang, in den großen Ferien am Kinderferienzirkus beteiligen. Viele Kinder haben diese Möglichkeit mit großer Begeisterung wahrgenommen. Sie konnten Zirkusluft schnuppern und gemeinsam Geschick und Mut beim Jonglieren oder akrobatischen Kunststücken ausprobieren und dies am Ende der Woche in einer Zirkusvorstellung präsentieren.

Mit der Abschaffung des Bottrop-Passes und der neuen Entgeltordnung des Fachbereichs Jugend und Schule müssen finanzschwache Eltern für ihr Kind künftig 120 Euro für eine Woche Kinderferienzirkus bezahlen. Die ist eine Erhöhung um 800 Prozent! Der Stadt und den Parteien, die dies beschlossen haben, ist jedes soziale Maß verloren gegangen! Die Ratsmitglieder, die für diese Gebührenordnung die Hand gehoben haben, sollten sich in Grund und Boden schämen!

Kinder, deren Eltern die Ehrenamtskarte besitzen, können künftig für 50 Euro am Kinderferienzirkus teilnehmen. Dies begrüße ich ausdrücklich! Dagegen wird armen Eltern keinerlei Ermäßigung ermöglicht. Ihre Kinder werden von der Teilnahme ausgeschlossen. Im Hauptausschuss gab es von Frau Bunse (CDU) den Einwand, über Stiftungen sei im Einzelfall auch künftig ein reduzierter Teilnehmerbeitrag möglich. Es ist aber ein riesiger Unterschied, ob Familien über die Gebührenordnung einen Rechtsanspruch auf eine Vergünstigung erhalten oder in die Rolle eines Bittstellers gezwungen werden. Damit wird diesen Familien auch ein Teil ihrer Würde genommen. Die DKP hat die Entgeltordnung abgelehnt.

Hundefreilauf

In vielen Städten des Ruhrgebietes gibt es einzäunte Freilaufflächen für Hunde, daher ist es unverständlich, dass es in Bottrop keinen vernünftigen Hundauslauf gibt! Die Hundewiese am Ehrenpark ist auf jeden Fall viel zu klein! Dazu Birgit Lüdtker-Jordan, sachkundiges Mitglied der DKP im Bau- und Verkehrsausschuss: „Es ist unglaublich, dass das Thema von der Bezirksvertretung Mitte vom Tisch gefegt wurde mit dem Argument, dass die Stadt Bottrop sich das finanziell nicht

leisten könne!

Für einen Hund zahlt der Besitzer 120 Euro jährlich, für zwei Hunde sogar 144 Euro pro Hund! Mit diesen Steuereinnahmen wäre wahrscheinlich sogar die teuerste Variante bezahlbar!

Schon lange fragen sich Hundebesitzer, warum sie überhaupt Steuer bezahlen, wenn sie dafür keine Gegenleistung erhalten! Was andere Kommunen sich leisten, obwohl deren Stadtkassen ebenfalls klamm sind, sollte für Bottrop auch machbar sein.“

Beckheide nicht bebauen



Info-Veranstaltung der DKP zu den Plänen mit der Beckheide: Michael Gerber erläutert die Pläne

Die Beckheide ist eine der letzten größeren Natur- und Grünflächen im Stadtgebiet. Hier können Kinder noch gefahrlos in der Natur spielen. Anwohner nutzen die Beckheide und den Kirchschemmsbach für erholsame Spaziergänge. Viele Tier- und Vogelarten haben auf der Grünfläche einen unverzichtbaren Lebensraum. Für den Stadtteil Eigen ist die Beckheide eine wichtige Frischluftschneise. Ohne sie werden sich im Sommer die angrenzenden Wohnviertel weiter aufheizen. Bei einer Bebauung werden bei starken Regenfällen die Keller der Wohnhäuser am Nordring, der Holtfortstraße und Am Kirchschemmsbach noch mehr durch Überflutungen gefährdet.

Seit Jahren wehren sich die Anwohner, der KGV Beckheide und die DKP gegen eine Bebauung. Nach heftigen Protesten 2010 wurde die geplante Bebauung von 110 Wohneinheiten auf 58 reduziert. Neue Pläne sehen jetzt wieder 90 Wohneinheiten vor. Thysen Immobilien hatte vor einigen Monaten ihre Grundstücke in der Beckheide an die Thelen Gruppe verkauft. Nach einer Bürgerversammlung der DKP mit 90 Anwohnern hat sich die Bürgerinitiative Beckheide gegründet, um für den Erhalt der Grünfläche zu kämpfen. Die Erhaltung von Lebensqualität und der Schutz von Naturflächen müssen vor den Profitinteressen eines Immobilienkonzerns gehen.

Michael Gerber, Tel.: 96227



RECHT
auf ARBEIT
statt HARTZ IV

KommunistInnen wählen!



DKP



DKP - Partei der Kommunisten